

Bayerns Krankenhäuser fordern ein Ende der Jo-Jo-Politik bei der Krankenhausfinanzierung

17. Bayerischer Krankenhaustrend 2026

Leistungsfähige Kliniken – das ist es, was sich alle Bürgerinnen und Bürger wünschen, um bei schwerer Krankheit und im Notfall rasch, qualitativ hochwertig und menschlich versorgt zu werden.

Doch die Politik macht es schwer, dieses Versprechen einzulösen: Unterfinanzierung seit mehreren Jahren, Bürokratie und immer komplexere gesetzliche Anforderungen werden zur Belastung. Dies zeigen die Ergebnisse der Umfrage zum Bayerischen Krankenhaustrend 2026, den die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) heute vorstellte.

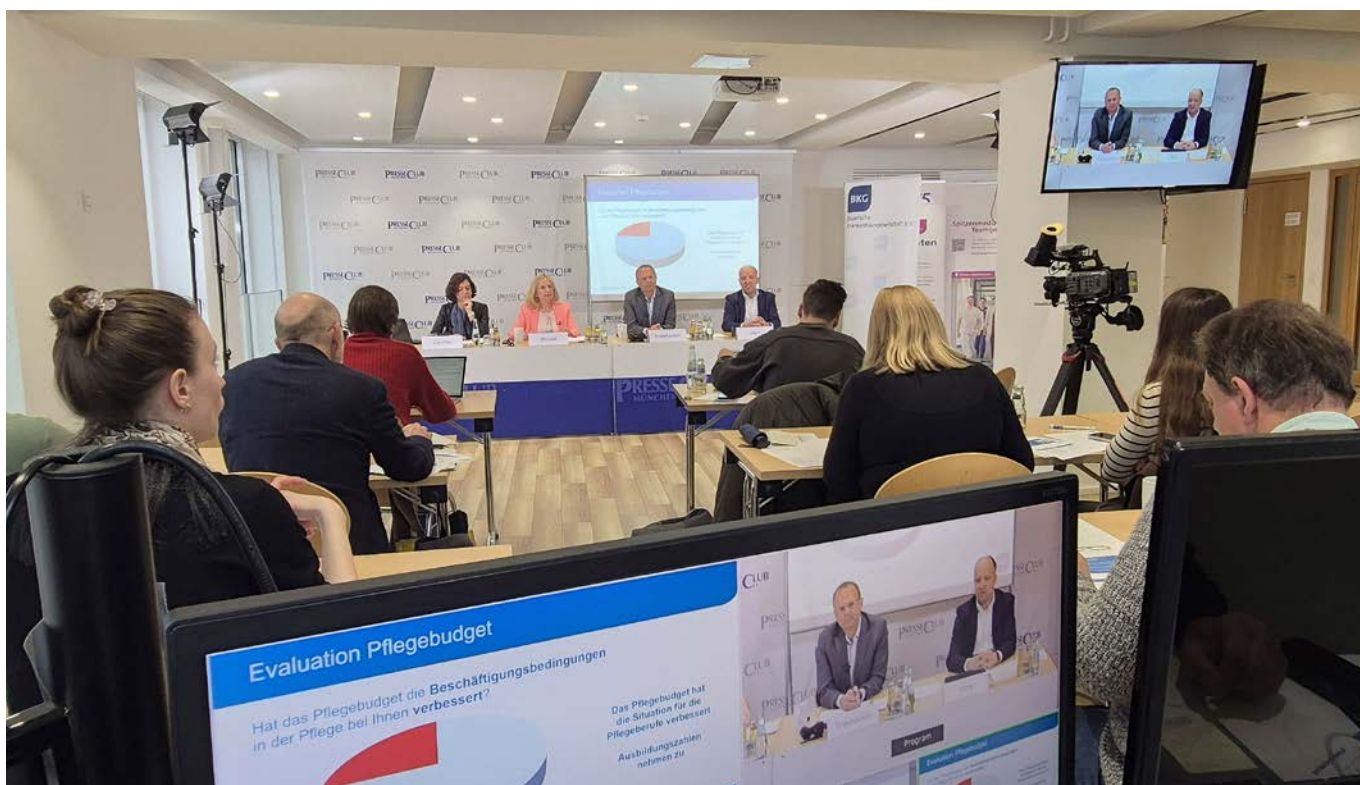
Der von der Bundesregierung eingeführte befristete Rechnungszuschlag nach den Rekorddefiziten der letzten Jahre wirkt im letzten und in diesem Jahr noch positiv. Aber trotz dieser leichten Verschnaufpause schreiben immer noch zwei von drei Kliniken in Bayern Verluste und der Ausblick auf das nächste Jahr ist besorgniserregend. Besonders kritisch sieht die BKG die fehlende Verlässlichkeit der finanziellen Grundlage, wenn auf befristete Soforthilfen an anderer Stelle neue dauerhafte Belastungen folgen. Nun sollen nach den Vorschlägen der Finanz-

Kommission Gesundheit für die Kliniken in Bayern sogar pauschale Erlöskürzungen von über 1 Mrd. € im Raum stehen.

„Die Botschaft unserer diesjährigen Umfrage ist eindeutig“, so Landrätin **Tamara Bischof**, 1. BKG-Vorsitzende. „Die Verantwortlichen in den bayerischen Krankenhäusern setzen die große Krankenhausreform um und erwarten einen verlässlichen Rahmen, der die Kliniken aus der dauerhaften Defizit-Situation befreit. Die Jo-Jo-Politik bei der Krankenhausfinanzierung zu Lasten der Krankenhausträger muss ein Ende haben.“

BKG-Geschäftsführer **Roland Engehausen** ergänzt: „Kein einziges Krankenhaus rechnet damit, dass die Krankenhausreform bei sich für mehr wirtschaftliche Stabilität führt, im Gegenteil: Es wird mit erneut steigenden Kosten durch weitere Vorgaben gerechnet, die jede Behandlung teurer machen.“

Landrätin Bischof stellt klar: „Krankenhäuser machen keine Milliarden Gewinne wie in der Pharmaindustrie. Einsparungen bei stationären Behandlungen sind nur dann möglich, wenn dadurch die Klinikdefizite nicht weiter nach oben getrieben werden“ und ergänzt: „Jede nicht erforderliche Behandlung zu



Die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) stellte am 14. April im internationalen Presseclub München die Ergebnisse der Umfrage zum Bayerischen Krankenhaustrend 2026 vor. Foto: BKG

vermeiden ist für die Gesellschaft und die Beitragszahler besser als Kliniken in ständiger Insolvenzgefahr.“

Bischof und Engehausen fordern für die Umsetzung der Kommissionsvorschläge in ein Gesetz: „Wir brauchen einen Pakt aller verantwortlichen Akteure, um machbare Einsparpotenziale gemeinsam auf den Weg bringen zu können. Gezielte Konsumsteuern sind sinnvoll, aber ohne wirksame Prävention und Patientensteuerung können vermeidbare Behandlungen und Kassenausgaben nicht ausreichend reduziert werden.“

In der Umsetzung der Krankenhausreform in Bayern gibt es von den Klinikverantwortlichen für den Kurs des Bayerischen Gesundheitsministeriums Verständnis, bei planbaren Leistungsgruppen (Hüft- oder Knie-Operation, Wirbelsäuleneingriffe und Adipositas-Operationen) gezielte Konzentrationen vorzunehmen. Die BKG betont: „Wir unterstützen eine sinnvolle Angebotskonzentration in der Krankenhausplanung bei mengen-sensiblen Leistungen und unterstützen auch die FinanzKommission Gesundheit bei Vorschlägen zu verpflichtenden Zweitmeinungen in diesen Bereichen. Die Kommission hätte mutiger sein können, statt damit nur bei Knie-Operationen beginnen zu wollen,“ so Engehausen.

Gleichzeitig ist die Sicherstellung einer flächendeckenden stationären Versorgung insbesondere für die akutmedizinischen Bereiche im Blick zu behalten. Dazu erläutert Engehausen: „Die Klinikverantwortlichen stellen sich einerseits aktiv dem Transformationsprozess der Krankenhausreform. Die meisten von ihnen (84 %) befürchten andererseits ein hohes Unverständnis in der Bevölkerung bei Reduzierungen des jeweiligen Leistungsspektrums.“

Aus BKG-Sicht ist eine ehrlichere Politik erforderlich. Es darf künftig bei gesetzlichen Sparmaßnahmen und Strukturformen im Krankenhausbereich gegenüber Bürgerinnen und Bürgern nicht länger so getan werden, als ob damit keinerlei Versorgungseinschnitte verbunden wären.

Einen Lichtblick gibt es bei den Potenzialen der Künstlichen Intelligenz (KI): Der Einsatz von KI ist aus den Kliniken nicht mehr wegzudenken und die große Mehrheit der Krankenhausverantwortlichen sieht in der aktuellen Umfrage keinen zusätzlichen Regulierungsbedarf. „Professioneller KI-Einsatz kann der Innovationsmotor in der Versorgung werden, wenn die Kliniken dabei nicht von einer neuen Überregulierung ausgebremst werden“, betont Engehausen. *krii* ■

Klares politisches Zielbild und ehrliche Politik gefordert

Ein Interview mit Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende des Vorstands der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG)

Sind die bayerischen Kliniken gut gewappnet für die Krankenhausreform?

Die Krankenhäuser in Bayern haben sich soweit möglich gründlich auf die Krankenhausreform vorbereitet. Das Antragsverfahren ist sehr aufwendig. Aber immerhin konnten nach vielen Abstimmungen zwischen Landesplanung, Medizinischen Dienst und BKG die meisten offenen Fragen geklärt werden.

Die zusätzlichen Prüfungen der Pflegepersonaluntergrenzen bei allen Leistungsgruppen, die nun über das Krankenhausreformanpassungsgesetz kommen, sind noch ein ungelöstes Problem, denn diese passen nicht in die Systematik der Leistungsgruppenprüfung.

Insgesamt ist die Umsetzung der Krankenhausreform ein großer Kraftakt für die Kliniken mit hoher Unsicherheit. Wir sind der Auffassung, dass die Tragweite dieser Reform in der Bundespolitik bei der FinanzKommission Gesundheit und bei den Kassen kleingeredet wird. Denn es muss aus unserer Sicht klar sein, dass die Kliniken für diesen Kraftakt zumindest eine verlässliche Finanzierungsbasis benötigen.

Laut Ihrer aktuellen Umfrage, dem Krankenhaustrend 2026, weisen zwei von drei Kliniken in Bayern Defizite auf. Welche Kliniken sind am meisten von der Misere betroffen?

Wir haben in diesem Jahr etwas weniger Kliniken in den roten Zahlen als noch 2024. Dies ist das positive Ergebnis des befristeten Rechnungszuschlages, der aber im Oktober 2026 leider bereits wieder ausläuft. Aber auch mit diesem Zuschlag waren immer noch zwei von drei Kliniken in der Verlustzone, was die Dramatik der Unterfinanzierung zeigt. Und mit Blick auf das nächste Jahr, ohne Rechnungszuschlag und die zusätzlich drohenden Sparmaßnahmen, stehen wir vor unlöslichen Ausgaben. So wie es heute leider aussieht, wird es dann für kein normales Krankenhaus mehr möglich sein, ohne Verluste arbeiten zu können. Von dieser Entwicklung sind nach den aktuellen Erfahrungen kleine Krankenhäuser ebenso wie große Maximalversorger betroffen. Während es früher so war, dass tendenziell größere Kliniken auch wirtschaftlich besser dastehen, ist dies heute nicht mehr so deutlich sichtbar.